

# Der Vollzugsdienst

2/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Tagung des Bundeshauptvorstandes 2019 im Schloss Eckberg in Dresden**

Ausscheidende Landesvorsitzende geehrt

Seite 1

**Belastungsgrenze im saarl. Strafvollzug ist in bedrohlicher Form überschritten**

Markus Wollscheid als Landesvorsitzender wiedergewählt

Seite 64

**Geschichtliches über alte Standorte von Gefängnissen in Sachsen-Anhalt**

Justizvollzugsanstalt Dessau (1886 - 1990)

Seite 73



**Viele BSBD Mitglieder beteiligten sich an zahlreichen bundesweiten Warnstreiks und Demonstrationen**

Foto: BSBD NRW



**BADEN-WÜRTTEMBERG**



**HAMBURG**



**HESSEN**

# INHALT


## BUNDESHAUPTVORSTAND


- 1** Tagung des Bundeshauptvorstandes 2019  
im Schloss Eckberg in Dresden –  
Ausscheidende Landesvorsitzende  
geehrt
  
- 3** Hinter den Kulissen –  
Die Tarifverhandlungen 2019  
sind abgeschlossen –  
Die wichtigsten Ergebnisse

## LANDESVERBÄNDE

- 5** Baden-Württemberg
- 19** Bayern
- 21** Berlin
- 25** Brandenburg
- 28** Bremen
- 29** Hamburg
- 34** Hessen
- 40** Mecklenburg-Vorpommern
- 42** Niedersachsen
- 45** Nordrhein-Westfalen
- 59** Rheinland-Pfalz
- 63** Saarland
- 67** Sachsen
- 68** Sachsen-Anhalt
- 75** Schleswig-Holstein
- 79** Thüringen
  
- 67** Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundeschäftsstelle:</b>	<b>Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands</b> Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de
<b>Landesverbände</b>	<b>Vorsitzende</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
<b>Bayern</b>	Ralf Simon post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Rainer Krone bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Werner Fincke werner.fincke@JVA.BREMEN.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Hans-Jürgen Papenfuß hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Uwe Oelkers uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Peter Brock bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	René Selle rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Mario Pinkert mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Thomas Steen steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

**ERSCHEINUNGSTERMIN**

der Ausgabe 3/2019:



**18. Juni 2019**



Mehr Schutz für das Vollzugspersonal

## AG Sicherheit hält an „Taser“ Forderung fest

BSBD Praktiker sehen Vorteile beim Einsatz der Elektroschockpistolen

Fast zeitgleich waren die Pressemitteilungen über die Forderung unserer Gewerkschaft nach Einführung von Elektroschockpistolen – Taser – auch für den Justizvollzug und dem Tod eines Menschen in Pirmasens, bei dem der Taser eingesetzt wurde.

Inwieweit der vorherige Tasereinsatz ursächlich für den Tod des Mannes ist, klärt derzeit die zuständige Staatsanwaltschaft. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe waren sich aber unisono einig, die Forderung nach dem Taser aufrecht zu halten. Bei allen Einsätzen gegenüber psychisch auffälligen Menschen, die massiven Widerstand leisten und extrem unter Stress stehen, können sich

auch durch den Einsatz anderer Mittel z.B. Pfefferspray gesundheitliche Probleme ergeben. Der Vorteil des Justizvollzuges ist, dass in der Regel der gesundheitliche Zustand des Gefangenen bekannt ist und der Einsatz zeitverzögert geplant und geprüft werden kann. In der Regel ist ausreichend Zeit – entgegen der Einsatzweise bei der Polizei – die Entscheidung der Behördenleitung über den Einsatz des Tasers herbeizuführen.

Entgegen der Annahme und Aussage des Ministeriumsvertreters wurde von den BSBD Praktikern nicht die Ausbildung aller Bediensteten für den Tasereinsatz gefordert. Vielmehr sollen einzelne Bedienstete in den Anstalten



Foto: Valentine – Fotolia.com

an der Elektroschockpistole ausgebildet werden und diese auch in ihrer Einrichtung einsetzen können.

Sehr positiv überrascht hat dann das Schreiben der Oberbürgermeister einiger rheinland-pfälzischer Großstädte, die die Taser-ausstattung für den kommunalen Vollzugsdienst forderten. Man kann trefflich darüber streiten, ob dies rechtlich möglich und angemessen ist. Fakt ist, dass sich die Oberbürgermeister aus Fürsorgepflicht für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wegen der Zunahme gewaltsamer Übergriffe und Verletzungen für den Taser ausgesprochen haben. Gut so! Wir als Gewerkschaft hätten dies uns auch für den Justizvollzug gewünscht. Unverständnis können wir nur dafür aufbringen, dass Kollegen und Kolleginnen des uniformierten Dienstes sich offensichtlich auch – trotz den letztjährigen gewaltsamen Vorfällen – gegen mehr Schutz für die Bediensteten aussprechen. Bei Polizei und anderen Behörden aus dem Bereich der inneren Sicherheit ist uns so eine Einstellung nicht bekannt. ■



Von rechts nach links: Kollegen Bujer, Knox, Ternes, Kettern und Koritnik.

Foto: BSBD RLP

## Stadtrat Tobias Schneider (FDP) zu Besuch in der JVA Trier

„Großes Engagement der Belegschaft für den Erhalt der JVA ist gut nachvollziehbar“

Am Mittwoch, 23. Januar 2019, besuchte Herr Stadtrat Tobias Schneider (FDP) die Justizvollzugsanstalt Trier.

Während eines Rundgangs durch die Anstalt wurden Herrn Schneider die Baulichkeit sowie die Arbeitsweise innerhalb der JVA Trier dargelegt. Das Stadtratsmitglied zeigte sich sehr positiv überrascht über den guten baulichen Zustand der Anstalt und über die hohe Leistungsbereitschaft des Personals.

\*\*\*

Diesem gab er auch in seiner Mitteilung über Facebook Ausdruck:

„In der Trierer Justizvollzugsanstalt wird in einem wirklich tollen Team hervorragende Arbeit geleistet.

Davon konnte ich mich Dank der Einladung von Stefan Ternes, Vorsitzender



Stefan Ternes (links) und Stadtrat Tobias Schneider vor der JVA Trier.

Foto: BSBD OV Trier

des örtlichen Personalrates, heute überzeugen. Ich kann daher das große Engagement der Belegschaft für den Erhalt der JVA sehr gut nachvollziehen.

Sehr wichtig ist mir dabei, dass die weiteren Prüfungen, Diskussionen und Abwägungen, sowohl hier vor Ort, als auch in der Landesregierung sehr sorgfältig und vor allem faktenbasiert erfolgen. Deshalb halte ich beispielsweise die Resolution des Stadtrates aus dem vergangenen Jahr auch weiterhin für einen Schnellschuss.

Wir sollten jetzt zunächst abwarten, was die bautechnische Untersuchung des Gebäudes und die Überlegungen zur Wirtschaftlichkeit ergeben. Anschließend sollte dann offen und transparent abgewogen werden, welches die beste Lösung im Sinne der Bürger des Landes und der Stadt Trier sowie der Justizvollzugsbeamten und der Strafgefangenen ist.“

Tobias Schneider;

Facebookbeitrag vom 23.01.2019

\*\*\*

Abschließend sagte Herr Schneider dem Personalrat der JVA Trier zu, dass er auch weiterhin mit ihm in Kontakt bleibt und sich in seinen Möglichkeiten für ein faires und transparentes Verfahren im Zuge der Entscheidung über den Verbleib unserer Anstalt einsetzt. ■



Stadtrat Tobias Schneider (FDP) zeigte sich positiv überrascht über den guten baulichen Zustand der Anstalt und über die hohe Leistungsbereitschaft des Personals. Foto: BSBD RLP



Die Teilnehmer der Personalräteschulung in Schönstatt.

Foto: BSBD RLP

## Schulung der Personalräte

Grundlagen der Personalratsarbeit vermittelt

**30 Kolleginnen und Kollegen aus der Justiz und des Justizvollzuges trafen sich in der Bildungsstätte Marienland in Schönstatt bei Koblenz.**

Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen hatten alle eine Gemeinsamkeit: sie sind Mitglieder in örtlichen Personalräten. Auf der von den Gewerkschaften der Justiz angebotenen und vom BSBD organisierten Schulungsveranstaltung wurden die Grundlagen der Personalratsarbeit vermittelt.

Zunächst stand im Mittelpunkt die Personalratssitzung. Wer lädt ein? Ist eine Tagesordnung notwendig? Wo findet die Sitzung statt? Viele Ansätze aus der Praxis wurden erörtert.

Der Nachmittag stand im Zeichen der Mitbestimmung nach dem Landespersonalvertretungsgesetz Rheinland-Pfalz. Referent Rolf Spurzem, Vorsitzender der DJG Rheinland-Pfalz und stellv. Vorsitzender des Hauptpersonalrats der ordentlich. Gerichtsbarkeit beim Ministerium der Justiz, erläuterte die §§ 78, 79 und 80 LPersVG. Mit

Übungen zu den vermittelten Schulungsinhalten wurde der erste Tag abgeschlossen.

Der Vormittag des zweiten Schultages stand ganz im Zeichen der Personalversammlung und des Vierteljahresgesprächs. Der Referent Mark Schallmo ging zunächst auf die gesetzlichen Vorgaben des Landespersonalvertretungsgesetzes zu der Thematik ein. In einem kleinen Rollenspiel wurde zunächst ein sogenanntes Vierteljahresgespräch nachgestellt.

Hier ging es insbesondere darum welcher Teilnehmerkreis teilnehmen muss. Im Anschluss daran wurde das Thema Personalversammlung erörtert. Wissen vermittelt wurde zur Einberufung, dem Tätigkeitsbericht, dem Zeitpunkt, der Frage des Freizeitausgleichs und der Aufgabe einer Personalversammlung.

Im letzten Schulungsabschnitt wurden Fälle aus der Praxis erörtert. Auch der ein oder andere Fall wurde im Rollenspiel aufgearbeitet. Für den März und November 2019 sind noch Personalräteschulungen geplant. ■





OV Trier – Jahreshauptversammlung

## Brennendes Thema – Schließungsabsichten

Landesvorsitzender Conrad berichtet aus der Verbandsarbeit

Am 17. Januar 2019 fand die Jahreshauptversammlung des BSBD Ortsverband Trier statt.

Als Gäste hatten sich der Landesvorsitzende Kollege **Winfried Conrad** sowie einer seiner Stellvertreter, Kollege **Bruno Vogt** (Ortsverband Wittlich), eingefunden. Zunächst begrüßte der Vorsitzende des Ortsverbandes Trier, Kollege **Adam**, die Gäste und Mitglieder. Es folgte das Gedenken an die im vergangenen Jahr verstorbenen ehemaligen Bediensteten. Anschließend stand der Kassenbericht des Ortsverbandes auf der Tagesordnung

In der Folge informierte Kollege **Winfried Conrad** über Neues aus der Verbandsarbeit.

### Schließungspläne des Ministeriums sind nicht nachvollziehbar

Die geplante Schließung der Justizvollzugsanstalt Trier war ein wichtiges Thema. Landesvorsitzender **Winfried Conrad** stellte sich in seinen Ausführungen hierzu vehement gegen diese, auch aus seiner Sicht, nicht nachvollziehbaren Pläne des Ministeriums und sagte den Bediensteten der JVA Trier die volle Unterstützung durch den Landesverband



V.l.n.r.: Landesvorsitzender Conrad, Kollege Benz, Kollege Mai, Kollege Zeimet, Ortsvorsitzender Adam, Kollege Strakeljahn, Kollege Wagner und Kollege Heinzenburger. Foto: BSBD OV Trier

zu. Abschließend gab Kollege **Conrad** noch einen Ausblick auf das Jahr 2019, in dem er zuversichtlich auf die anstehenden Tarifverhandlungen im Öffent-

lichen Dienst schaute. Zum Ende der Veranstaltung wurden noch verdiente Mitglieder für ihre langjährige Mitgliedschaft im Verband geehrt. ■

AG Pädagogischer Dienst im Austausch mit MdL Denninghoff (SPD):

## Herausforderung Nachwuchsgewinnung im pädagogischen Dienst

Die Hälfte der Pädagogen steht kurz vor dem Ruhestand

Zu einem Gespräch mit dem Sprecher für den Bereich Strafvollzug der SPD Landtagsfraktion, MdL **Jörg Denninghoff**, trafen sich die Mitglieder der BSBD Arbeitsgruppe pädagogischer Dienst in Diez.

Zunächst bedankten sich die Teilnehmer insbesondere der anwesende Landesvorsitzende **Winfried Conrad** bei dem Abgeordneten für die Verbesserungen im Haushalt 2019/2020. Die geplante Anhebung der Gitterzulage auf das Niveau der Polizei – die alle im Vollzug tätigen Kolleginnen und Kollegen betrifft – wurde sehr positiv gesehen. Auch die zusätzlichen Stellen für den psychologischen Dienst und die Verbesserungen der Beförderungsmöglichkeiten im sozialen, psychologischen Dienst und im 2. Einstiegsamt werden begrüßt, kommentierte Landesvorsitzender **Conrad**. Jetzt aber standen die Probleme und Forderungen der Lehre-

rinnen und Lehrer im Vollzug im Vordergrund. Die Hälfte der fast 20 landesweit tätigen Lehrer/innen gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand.



MdL Jörg Denninghoff, SPD. Foto: © SPD RLP

Die Nachwuchsgewinnung wird sehr schwierig sein, so die AG Teilnehmer. Hier muss nach Meinung der Laufbahnangehörigen an der Attraktivität der pädagogischen Arbeit mit Gefangenen gearbeitet werden. Auch die Bezahlung ist hier nicht ausgenommen. Werbung und Information in den Studienseminaren der angehenden Lehrer und Lehrerinnen seien dringend erforderlich. Die Möglichkeit der Verbeamtung tariflicher Kräfte sollte unkomplizierter und flexibler gestaltet werden.

Zuletzt wurde die Entschädigung für geleisteten Unterricht und Korrekturarbeiten an der Justizvollzugsschule in Wittlich angesprochen. Eine Anpassung der Stundensätze und Korrektorentschädigungen seien zwingend erforderlich.

**Conrad** bedankte sich bei Herrn MdL **Jörg Denninghoff** für das interessante und vertrauensvolle Gespräch in einer sehr entspannten Atmosphäre. ■

## Arbeitsgruppe Frauen

**Seminarangebot wird auch in 2019 fortgeführt**

Gespräche mit der Bürgerbeauftragten und Schwestergewerkschaften geplant

**Die Mitglieder der Arbeitsgruppe trafen sich zu einem ersten Treffen im Jahr 2019 in Wittlich.**

Neben der allgemeinen aktuellen Entwicklung im rheinland-pfälzischen Justizvollzug war ein weiteres Thema das

im Dezember veranstaltete Seminar der Gruppe in Königswinter. Die Resonanz der Teilnehmerinnen war überwiegend positiv. Dank gelte insbesondere den Referenten der Veranstaltung, so die AG Mitglieder. Aufgrund der Finanzierungshilfe des Fördervereins des

**BSBD** Rheinland-Pfalz konnte dieses Seminar in der **dbb akademie** in Königswinter durchgeführt werden.

Der Wunsch der AG Mitglieder war es, auch in diesem Jahr ein Seminar für die weiblichen Mitglieder der Gewerkschaft durchzuführen. Es wurde darüber beraten und beschlossen, einen Antrag an den **BSBD** Landesvorstand zu stellen, um für die Organisation und Genehmigung eines weiteren Frauenseminars zu werben.

Als Terminvorschlag wurde die Zeit vom 27./28. November 2019 in Betracht gezogen. Der Tagungsort soll diesmal auf Wunsch der Gruppe Trier sein. Eine Anfrage wurde bereits an die neu eröffnete Jugendherberge gerichtet.

Auch über Inhalte wurde schon gesprochen. Beabsichtigt ist, die Bürgerbeauftragte des Landes, einen Fachmann/frau für Beamten- und Tarifrfragen und die Fachgruppenvertreterin einer **BSBD** Schwestergewerkschaft einzuladen.

Auch das Thema „Stressbewältigung“ soll von einem Referenten/in thematisiert werden. Frühzeitig wird dann die Ausschreibung des Seminars über die Ortsverbände erfolgen. ■



V.l.n.r.: Kolleginnen Dohm, Eisenberg, Heck, Hünigler, Schneider und Mechnich. Foto: BSBD RLP

## AG Spitzenamt

**Verbesserungen der Aufstiegsmöglichkeiten dringend erforderlich**

Die Dienstrechtsreform führte zur Abkoppelung von der beruflichen Entwicklung

**Nach fast einjähriger Pause trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe Spitzenamt zu einem Treffen in Wittlich.**

Trotz vielfacher Gespräche auf politischer Ebene hat sich an der aktuellen äußerst unbefriedigenden Lage nichts geändert. Seit der Dienstrechtsreform und dem Wegfall des sogenannten „Verwendungsaufstiegs“ sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Spitzenämter im Allgemeinen Vollzugsdienst – **VDL** und **WDL** – von der beruflichen Entwicklung abgekoppelt. Dies soll sich nunmehr ändern.

Zwischenzeitlich, nach fast 10 Jahren, gibt es offensichtlich die Möglichkeit der Fortbildungsqualifizierung vom 2. ins 3. Einstiegsamt auch im Justizvollzug. Diese Aufstiegsmöglichkeit wird aber von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe nicht angestrebt.

Fast alle anderen Bundesländer haben Spitzenämter in der Laufbahn –

teilweise bis A12 – geschaffen, dies, so die AG Mitglieder, sei der richtige Weg. Auch in Rheinland-Pfalz muss sich dies-

bezüglich etwas tun. Aktionen wurden bei den Treffen geplant und stehen kurz vor der Umsetzung. ■



V.l.n.r.: Jürgen Ruf, Claus Sassen, Hermann Klein, Michael Becker und Kollege Wies. Foto: BSBD RLP